

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Helmut Rothemund MdL, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und SPD in Bayern, zur ersten Wiederkehr des Jahrestages der Wahl von F.J. Strauß zum Ministerpräsidenten: Ein Dürrejahr.

Seite 1-4

Egon Lutz MdB, Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes" der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert die Arbeitsmarktzahlen des Oktober: Sonniger Herbst und ungebrochene Konjunktur.

Seite 5/6

Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, macht einige Anmerkungen zur Affäre um PLO-Häftlinge in Bayern: Peinliches Übersoll an maßloser Polemik.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 213

6. November 1979

Ein Jahr Strauß

Ein Dürrejahr der Regierungstätigkeit

Von Dr. Helmut Rothemund MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und SPD in Bayern

Am 6. November 1979 ist es ein Jahr her, seit der CSU-Vorsitzende Strauß zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Dieses erste Jahr der Regierung Strauß war gekennzeichnet durch das landespolitische Desinteresse und die bundespolitischen Ambitionen des Ministerpräsidenten, die Untätigkeit der Regierung und den Abbau der Liberalität in Bayern. Alles in allem gesehen, handelt es sich um ein Dürrejahr der Regierungstätigkeit.

Es hat noch zu keiner Zeit einen bayerischen Ministerpräsidenten gegeben, der sich so wenig für die Landespolitik interessierte, wie Ministerpräsident Strauß. Häufige Abwesenheit in den Sitzungen des bayerischen Landtages, das Ausfallen von Kabinetts- oder Ministerratssitzungen, über die die sonst so beredete Staatskanzlei nichts zu berichten weiß, kennzeichnen den Regierungsstil des Ministerpräsidenten ebenso sehr wie die Tatsache, daß sich in den wenigen Debatten des Landtags, an denen er teilnahm, um die Beantwortung landespolitischer Fragen drückte und sich in die Bundespolitik flüchtete. Strauß hat nicht nur kein landespolitisches Interesse und auch keine Sachkenntnis, er hat auch keine Zeit, sich um Landespolitik zu kümmern.

Hinzu kommt eine ungewöhnliche Entscheidungsschwäche. Dafür zwei Beispiele: Strauß brauchte monatelang, um über die Bestellung eines Grenzlandbeauftragten nachzudenken. Weil er sich nicht entscheiden konnte, bestellte er einen Staatssekretärausschuß, den er bei anderer Gelegenheit einen "Akt der Verzweiflung" nannte. In der Frage des Feiertagesgesetzes, die ihn entweder in Gegensatz zu den Kirchen oder in Auseinandersetzungen mit der Wirtschaft bringt, setzte er eine Kommission ein und ging dann auf Tauchstation. Er drückte sich um jede eindeutige Äußerung.



Die ehrgeizigen bundespolitischen Ambitionen bestimmen die Haltung des Ministerpräsidenten immer mehr. So ist die seit Jahren geführte Kampagne von der angeblichen Benachteiligung Bayerns durch den Bund aus diesem Grunde aufgegeben worden. Wer als Kanzlerkandidat auftritt, kann sich nicht mehr länger leisten, beispielsweise CDU-geführte Länder anzugreifen, weil sie angeblich bevorzugt behandelt werden. Selbst für das Ruhrprogramm der Bundesregierung, das vorher noch kritisiert wurde, hat Strauß plötzlich Verständnis.

Die Landespolitik ist für Ministerpräsident Strauß nur dann von Interesse, wenn sie seine ehrgeizigen Ambitionen als Bundeskanzlerkandidat stören könnte. Die Diskussion um die Anerkennung des Gesamtschulabschlusses beweist dies. "Geheiligte" Grundsätze des Föderalismus werden über Bord geworfen, um einen ideologischen Kampf gegen die SPD zu führen. Auch die Haltung zum Jugendhilfegesetz ist dafür ein Beispiel.

Der Bundesrat wird zunehmend zum Instrument des Kampfes gegen die Bundesregierung, die Bundestreue wird wie zum Beispiel im Falle des Baustatistikgesetzes aufgekündigt. Es ist dabei dem Ministerpräsidenten Strauß gleichgültig, ob dies die Interessen bayerischer Landespolitik verletzt.

Ausmaß der Untätigkeit war nicht vorauszusehen

Nach einem Jahr Regierungstätigkeit sieht sich deshalb die SPD in ihrer Prognose bestätigt: Strauß wollte nicht Ministerpräsident werden, weil ihn die Landespolitik interessierte, sondern weil er das Amt des Ministerpräsidenten als Sprungbrett für Bonn benutzen wollte. Inzwischen ist auch dem Letzten klargeworden, wie recht die SPD hatte. Nur in einem hatten wir uns getäuscht. Auch wir hatten das Ausmaß der Untätigkeit nicht vorausgesehen.

Der Berg der unerledigten Vorhaben wächst ständig, ohne daß sich auch nur im Entferntesten ablesen ließe, wann er abgebaut werden soll.

Strauß ist von einem Teil der Öffentlichkeit mit Vorschußlorbeeren bedacht worden. Er hat den Eindruck geweckt und erwecken lassen, als würde er durch Organisationsmaßnahmen die Bürokratie eindämmen und damit in der Staatsregierung behinnen. Nichts ist geschehen. Die Zuständigkeiten für das Gesundheitswesen sind nach wie vor auf fünf Ministerien verteilt. Seit einem Jahr denkt Ministerpräsident Strauß über ein Rechtspflegeministerium nach - ohne Ergebnis. Die ins Gespräch gebrachte Zusammenfassung von Verkehrsplanung und Straßenbau im Wirtschaftsministerium erwies sich als kurzlebige Seifenblase. Das einzige, was geschah, ist die Einrichtung einer Auswärtigen Abteilung bei der Staatskanzlei, die es sonst in keinem Land der Bundesrepublik gibt. Was sich sonst geändert hat, ist der Umgangston der Regierung. Immer mehr bürgert sich der Stil der CSU-Landesleitung in der Staatskanzlei ein.

Die in der Regierungserklärung angekündigten Initiativen sind weitgehend ausgeblieben:

- Die schon in der vorausgegangenen Legislaturperiode überfällige Änderung des Landesplanungsgesetzes steht nach wie vor aus.
- Von der in der Regierungserklärung angekündigten Fortschreibung des Krankenhausbedarfsplans ist nicht in Sicht.
- Die vom Bundesrecht zwingend vorgeschriebene Anpassung des bayerischen Naturschutzgesetzes ist seit Jahren überfällig.
- Von der Funktionalreform kann keine Rede sein.
- Die Ankündigung, den kommunalen Finanzausgleich weiterhin auszubauen in eine Mischung von frei verfügbaren allgemeinen Deckungshilfen und gezielten Finanzhilfen des Staa-



tes, ist nicht eingelöst. Mit der Abschaffung der kleinen Kommunalsteuern ohne ausreichenden Ersatz und dem unzulässigen Druck auf Herabsetzung der Gewerbesteuern macht die Regierung genau das Gegenteil dessen, was sie angekündigt hat, obwohl inzwischen aufgrund einer umfassenden Untersuchung feststeht, daß Bayern in der Zuweisung frei verfügbarer Mittel an die Gemeinden mit großem Abstand das Schlußlicht in der Bundesrepublik darstellt.

- Entgegen den Äußerungen des Ministerpräsidenten Strauß in der Regierungserklärung wurde die sogenannte Korrektur der Gemeindegebietsreform unter Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes auf die Verwaltungsgemeinschaften beschränkt, weil sich der Ministerpräsident im Kabinett nicht durchsetzen konnte.
- Der so groß angekündigte Abbau von Bürokratie fand nicht statt. Die von Staatssekretär Neubauer geleitete Kommission war bisher nicht in der Lage, entscheidende Verbesserungen anzubieten. Der Antrag der SPD-Fraktion, einen Landtagsausschuß einzusetzen, um auf diesem Wege den Abbau bürokratischer Entscheidungen durchzusetzen, wurde von der CSU abgelehnt.
- Die mit großem verbalen Aufwand erfolgte Ankündigung, Einzelregelungen in Gesetzen durch eine Generalklausel zu ersetzen, führte bislang zu keiner Aktivität der Staatsregierung.
- Aus den mit den Kommunalpolitikern in einigen Regierungsbezirken geführten Gesprächen wurden keinerlei Konsequenzen gezogen. Es paßt ins Bild, daß Strauß dem Landtag die über diese Veranstaltung geführten Protokolle verweigert.
- Obwohl die Familienpolitik als Schwerpunkt herausgestellt wurde, ist bis jetzt überhaupt noch nichts geschehen. Das hochgelobte Darlehen junger Familien ist in der Substanz nicht verbessert worden. Insbesondere wurden die unsinnigen Stichtagsregeln beibehalten.
- Die Schwangerschaftsberatung ist nach wie vor personell und finanziell nicht entsprechend ausgestattet.
- Das für Familien angekündigte Sonderwohnungsbauprogramm ist nicht erlassen.
- Die versprochene Verbesserung der Situation der Kindergärten ist nicht eingetreten. Der Abbau der Elternbeiträge wurde nicht in Angriff genommen. Im Gegenteil, die CSU hat einen entsprechenden Antrag der SPD abgelehnt.
- Die von Strauß als Hauptproblem im Wohnungsbau angesprochenen Entzerrung von Sozialmieten ist nicht in Angriff genommen worden.
- Auch bei den groß angekündigten Initiativen im Bundesrat blieb die CSU-Regierung wieder untätig oder setzte sich mit der Regierungserklärung in Widerspruch. Der Frage der Abschaffung des Bundeswasserabgabengesetz geschah nichts. Auch ein bayerisches Ausführungsgesetz wurde nicht vorgelegt. Inzwischen hat Ministerpräsident Strauß teilweise einen Rückzug angetreten, weil er fürchtet, daß die CDU-geführten Länder ihm die Gefolgschaft verweigern.
- Im Februar 1979 verweigerte die Staatsregierung den Vollzug des Baustatistikgesetzes. Eine Initiative, dieses Gesetz über den Bundesrat zu ändern, brachte sie nicht ein.
- Mit dem Vorstoß der Regierung im Bundesrat, die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1979 auszusetzen, setzte sich Ministerpräsident Strauß in Gegensatz zur Regierungs-



erklärung, in der er eine Änderung der Steuerstruktur mit dem Ziel gefordert hatte, daß die indirekten Steuern erhöht werden. Dem Nein zur Anpassung der Mehrwertsteuer, bei dem CDU-geführte Länder dem Kanzlerkandidaten die Gefolgschaft verweigerten, folgte vor kurzem die Forderung des Ministerpräsidenten Strauß nach Anhebung der Mehrwertsteuer nach dem Motto "wie man es gerade braucht".

- Dieses Motto gilt auch in der Auseinandersetzung um das Jugendhilferecht. Hier blieb es dem Ministerpräsidenten vorbehalten, im Bundesrat gegen den Ausbau der Erziehungsberatung zu polemisieren, obwohl dieser Ausbau im Jugendplan der Staatsregierung in gleicher Weise gefordert wurde. Hier verband sich offenkundig die Bereitschaft zu Obstruktionspolitik mit landespolitischer Unkenntnis in einer für den Ministerpräsidenten peinlichen Weise.

Abbau der Liberalität ohne Versäumnis

In einem Bereich schritt die Staatsregierung allerdings konsequent voran und ließ sich keine Versäumnisse zu schulden kommen: Beim Abbau der Liberalität. So wurde die Handhabung des Radikalenerlasses verschärft, indem die Regelanfrage beim Verfassungsschutz nicht nur auf die höheren, sondern auch auf die unteren Beamten-Gruppen ausgedehnt wurde.

Mit massivem Druck wollte vor allem das Kultusministerium den bayerischen Jugendring an die Leine legen, dadurch daß man eine Aufnahme der Verpflichtung zur christlichen Erziehung in die Satzung der Organisation verlangte.

Weil in Weiden die sieben prüfungsbesten Referendare aus Protest gegen die Planstellenpolitik der Staatsregierung an einer Schulveranstaltung nicht teilnahmen, wurde ihnen die Verbeamtung verweigert. Erst nach wochenlangen Protesten und unter massivem Druck der Öffentlichkeit, entschloß sich das Kultusministerium zum Nachgeben. Es ist offenkundig, was mit diesem Akt erreicht werden sollte: Man wollte die gesamte Lehrerschaft einschüchtern und rigeros klarmachen, daß Widerstand gegen die Anstellungspraxis von Lehrern in Bayern unbotmäßig ist. Auch ein Stück Illiberalität.

Nach wie vor werden in Bayern Ersatzdienstleistende diskriminiert. Man verweigert ihnen eine Tätigkeit in sämtlichen Jugendeinrichtungen, weil man durch sie eine Indoktrination der jungen Menschen befürchtet. Es wird ihnen also von vornherein eine Gesinnung unterstellt, die nach Ansicht der Staatsregierung bereits ans Verfassungsfeindliche heranreicht.

Die Jugendarbeit freier Träger wird in CSU-geführten Gemeinden immer wieder dadurch eingeschränkt, daß etwa die Bereitstellung von Räumen für Hausaufgabenhilfe abgelehnt wird, weil eine Person oder die Arbeit des Verbandes nicht genehm ist.

Auch der Austritt Bayerns aus der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DFGK) weist auf den Abbau der Liberalität hin. Weil die Forschungsmethoden und -ergebnisse der DFGK der Staatsregierung nicht in den Kram passen, will man ihr die finanziellen Grundlagen abschneiden. Dagegen wird die ultrakonservative Paneuropa-Union des Otto von Habsburg bereitwillig mit Staatsmitteln gefördert. Wer im totalen CSU-Staat keine Linientreue wahrt, muß als Dissident mit Sanktion rechnen.

(-/6.11.1979/ks/ca)

+ + +



Sonniger Herbst und ungebrochene Konjunktur

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktzahlen des Oktober

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes" der SPD-Bundestagsfraktion

Ein sonniger Herbst und die nach wie vor ungebrochenen konjunkturellen Auftriebskräfte sorgten dafür, daß die Saisonwende auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr ausgesprochen milde ausfiel. Im Oktober jeden Jahres steigt die Zahl der Arbeitslosen an, aber wie sie steigt, das spiegelt die Lage der Wirtschaft auf recht unbestechliche Weise wider. Dieses Jahr schaut es so aus: Vom September bis Oktober stieg die Zahl der Arbeitslosen um 24.900 oder 3,4 Prozent auf real 761.700 an. Das waren 139.900 weniger, als noch im Oktober letzten Jahres. Es ist ein Ergebnis erreicht worden, das die Bundesanstalt für Arbeit seit sechs Jahren nicht mehr vermelden konnte. Die neue Arbeitslosenquote liegt auch deutlich über der des Vorjahres. 3,3 von Hundert aller Beschäftigten sind derzeit arbeitslos; 1978 waren es noch 3,9 Prozent gewesen.

Bei den einzelnen Gruppen des Arbeitsmarktes spiegelt sich die erfreuliche Tendenz ebenfalls wider. Die Zahl der arbeitslosen Männer stieg um 13.300 oder 4,2 Prozent auf nunmehr 329.600. Die neue Arbeitslosenquote liegt mit 2,3 Prozent um einen halben Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert. Real sind das 73.200 arbeitslose Männer weniger als noch im Oktober letzten Jahres gezählt wurden. Auch die Zahl der arbeitslosen Frauen hielt sich in einem erfreulicheren Rahmen. Hier betrug der Zuwachs 11.700 oder 2,8 Prozent gegenüber dem Vormonat. Die Gesamtzahl der arbeitslosen Frauen beläuft sich heute auf 432.100. Die Arbeitslosenquote liegt bei 4,9 Prozent. Das sind immerhin 66.700 arbeitslose Frauen weniger als noch im letzten Jahr.

Noch erfreulicher spiegelt sich die Entwicklung bei den Jugendlichen unter 20 Jahren wider. Hier gab es im Oktober - und das ist keineswegs saisonüblich - sogar noch eine weitere Abnahme der Zahl der Arbeitslosen um 4.100 oder um 6,3 Prozent gegenüber September dieses Jahres. Insgesamt sind jetzt noch 62.000 Jugendliche arbeitslos. 21.300 oder 25,6 Prozent weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote liegt mit 2,9 Prozent deutlich unter den Werten aller anderen Beschäftigungsgruppen. Das, was die Arbeitsmarktbeobachter schon seit Monaten gesagt haben, hat sich wieder einmal bestätigt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt der jugendlichen Arbeitskräfte entspannt sich kontinuierlich Monat für Monat. Ganz anders dagegen die Situation der über 59jährigen. Hier ist es bedauerlicherweise wieder zu einem Anstieg um 1.100 auf nunmehr 62.200 gekommen. Vergleicht man den Wert mit dem Vorjahr, dann ist eine effektive Zunahme um nahezu 11.000 arbeitslose ältere Mitbürger zu beklagen. Die Zahl verfestigt sich und muß doch zu erheblichem Nachdenken veranlassen. Zwar mildert sich die Situation für diesen Personenkreis häufig durch die Tatsache, daß mit Sozialplänen das letzte Jahr der Arbeitslosigkeit vor Eintritt in das vorgezogene Altersruhegeld, jedoch spiegelt sich in dieser Entwicklung die Tendenz wider, ältere Arbeitnehmer früher aus dem Arbeitsprozeß auszukehren, als dies den Betroffenen meist lieb sein kann.

Ebenfalls unerquicklich ist die Situation der Schwerbehinderten. Hier ist innerhalb eines Monats eine Zunahme um 2.200 auf nunmehr 62.600 zu verzeichnen. Auch das sind



6.900 Schwerbehinderte mehr als noch vor einem Jahr. Alle Appelle scheinen nicht viel gefruchtet zu haben, auch diesem Personenkreis eine Beschäftigungschance auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Wenn man die Entwicklung der nächsten Monate hochrechnet, dann wird bei den letzten beiden genannten Personengruppen mit einer weiteren Verschärfung der Situation zu rechnen sein. Das kann keinen Arbeitsmarktpolitiker, das kann keinen Politiker, keinen Gewerkschafter und keinen Mann der Wirtschaft befriedigen.

Im Rahmen hält sich die Situation in der Kurzarbeit. Hier gab es einen Anstieg um 23.900 gegenüber dem Vormonat auf nunmehr 60.500 in Kurzarbeit beschäftigte Arbeitnehmer. Das ist allerdings noch nicht einmal die Hälfte von den Zahlen, die noch vor einem Jahr mit 127.000 gerechnet wurden. Die Situation wäre erfreulicher, wenn es nicht gerade auf dem Fahrzeugmarkt durch die Kurzarbeit in einer Großfirma zu einem deutlichen Anstieg gekommen wäre.

Saisonüblich entwickelt sich die Situation bei den offenen Stellen. Hier wurden 13.400 offene Stellen weniger den Arbeitsämtern angeboten, als noch vor einem Monat. Insgesamt steht der Zahl der Arbeitslosen ein Angebot von 306.800 Arbeitsplätzen gegenüber. Aber auch auf diesem Gebiet zeigt sich eine erfreuliche Tendenz, denn gegenüber dem Vorjahr sind es doch 58.700 offene Stellen mehr, die den Beschäftigungslosen eine Chance bieten können.

Die saisonalen Wirkungen spiegeln sich auf den Teilarbeitsmärkten am deutlichsten wider. Hier gab es einen Anstieg von 2.000 Arbeitslosen im Baugewerbe, das sind 12,7 Prozent mehr als im Vormonat auf nunmehr 17.500 Beschäftigungslose. Vergleicht man das mit dem Vorjahr, so ist auch hier die Tendenz eine erfreuliche, weil im Oktober letzten Jahres noch 6.500 oder 27,1 Prozent mehr arbeitslose Bauarbeiter gemeldet waren.

Bei den Metall- und Elektroberufen kann man von einer Saisonwende im Grunde nicht sprechen. Der Zugang an Arbeitslosen hielt sich mit 1.300 oder 1,3 Prozent auf nunmehr 99.200 in deutlichen Grenzen. Vor einem Jahr hatten noch 26.500 arbeitslose Metallarbeiter mehr um eine Beschäftigung nachgesucht. Noch erfreulicher ist schließlich die Entwicklung bei den Warenkaufleuten und in den Büro- und Verwaltungsberufen: Hier wird alljährlich im Oktober infolge des Kündigungstermins September, der dann erstmals in der Statistik erscheint, mit einem kräftigen Zuwachs gerechnet. Er hielt sich in diesem Jahr in Grenzen. Insgesamt stieg die Zahl der Beschäftigungslosen um 6.600 in diesem Wirtschaftsbereich auf nunmehr 194.400. Auch diese Entwicklung muß den Vergleich mit den letzten Jahren nicht scheuen.

Nimmt man die gesamte Entwicklung in den ersten zehn Monaten, so zeigt sich mit positiver Tendenz eine weitere Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Auch die dramatischen Entwicklungen auf dem Sektor der Energiepreise hat die positive Entwicklung nicht stoppen können. Wenn es gelingt, die Konjunktur weiter am Laufen zu halten und größere Einbrüche zu vermeiden, dann kann man in den nächsten Monaten auch bei saisonal steigender Tendenz an Arbeitslosigkeit eine insgesamt verbesserte Lage konstatieren.

Was so global gesagt wird, stimmt leider eben nicht für einzelne Beschäftigungsgruppen auf dem Arbeitsmarkt. Und das ist die eigentliche Crux in dieser Entwicklung. Es kann nicht der Weisheit letzter Schluß sein, daß sich für die Gesamtzahl der Beschäftigten insgesamt die Lage verbessert, für einzelne Personengruppen aber die Arbeitslosigkeit länger und länger wird.

(-/6.11.1979/ks/ca)

+ + +



Peinliches Übersoll an maßloser Polemik

Anmerkungen zur Affäre um PLO-Häftlinge in Bayern

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Sowohl über die möglichen und notwendigen innenpolitischen Konsequenzen als auch über die außenpolitischen Aspekte der Affäre um die PLO-Häftlinge in Straubing und anderen bayerischen Vollzugsanstalten werden die kontroversen Diskussionen und Auseinandersetzungen nicht so schnell verstummen. Neben den zahlreichen Stimmen berechtigter und verständlicher Kritik finden sich aber auch zum Teil sehr schrille und unsaubere Töne.

Ein mehr oder weniger peinliches Übersoll an überzogener und maßloser Polemik präsentiert der CSU-Politiker Spranger mit seinen jedes Augenmaß vermissen lassenden Angriffen auf Bundesinnenminister Baum. Derartiges fällt letztlich auf den Urheber zurück, weil es destruktiv und fanatisch ist und damit das völlige Gegenteil von konstruktiver Oppositionspolitik. Erstaunlich und bemerkenswert, wenn auch nicht überzeugend, ist die Haltung von Strauß, Tandler und Hillermeier. Sie mißbilligen den Einsatz von Israelis bei Verhören, sprechen von einem "Skandal ersten Ranges", weisen gleichzeitig hurtig jede Verantwortung von sich und suchen sie voll nach Bonn abzuschieben. Es könnte jedoch sein, daß insbesondere der bayerische Innenminister gegebenenfalls gar nicht so gut dasteht, wie er bislang zu glauben scheint oder glauben machen will.

Man hat zuweilen das Gefühl, als ob die Entrüstung der CSU-Landespolitiker ausgesprochen dick aufgetragen ist, getreu dem Motto: "Angriff ist die beste Verteidigung." Tandler warnte zum Beispiel im letzten "Bayernkurier" vor dem "politischen Irrsinn auf diesem heiklen und hochsensiblen Gebiet", tagespolitische Erfolge feiern zu wollen; er meinte, es läge ihm fern, Schadenfreude zu empfinden. Dies wäre in der Tat das letzte, wozu der auch für einen Teilbereich des Nachrichtendienstes zuständige Staatsminister des Innern in Bayern Anlaß hätte. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(-/6.11.1979/bgy/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

